

und Emanzipation – angewandt auf die Situation der Frau – hauptsächlich nur in deren Berufstätigkeit verwirklicht sieht. Es ist das individualistische Tabu in Verbindung von verfehlten Leitbildern menschlicher Emanzipation, das allein schon darüber eine unvoreingenommene Diskussion verhindert.

Schon dieses besonders aktuelle Beispiel zeigt, wie Probleme der praktischen Politik durch ideologische Fernwirkungen vorentschieden werden. Vielleicht sind gerade die jetzt auftauchenden neuen Verteilungsprobleme ein Anlaß, darüber nachzudenken und solche individualistischen Tabus zu korrigieren.

Was kann die Kirche tun?

Seitens der Kirche und der katholischen Organisationen wurden in letzter Zeit sehr nachdrücklich Bemühungen für eine stärkere Mitsprache und Auseinandersetzung in gesellschafts- und staatspolitischen Fragen in Gang gesetzt. Nach Jahren oft harter, manchmal auch kleinlicher innerkirchlicher Auseinandersetzung ist eine neue Hinwendung der Kirche zu Gesellschaft und Staat nicht nur der Kirche, sondern auch der Gesellschaft und des Staats wegen zu begrüßen. Vielleicht besteht jetzt, da die rechtspolitischen Debatten zwar nicht zur Zufriedenheit beendet, aber doch im wesentlichen hinter uns liegen, eine besonders gute Chance dafür. Die Kirche müßte in Gesellschafts- und staatspolitischen Fragen um so eher sich vernehmbar machen können, als hier nicht so rasch wie in den rechtspolitischen Auseinandersetzungen der Verdacht hochkommen kann, die Kirche vertrete nur ein christliches, allein aus dem Glauben erschließbares ethisches Sondergut. Leicht wird sie es dennoch nicht haben, gerade wenn sie zu konkreten Fragen wie zur Beschäftigungslage, zu familienpolitischen Themen oder gar zu den Grenzen der Staatsmacht Stellung nimmt. Bleibt sie im Grundsätzlichen, wird man ihr den Vorwurf machen, die Grundsätze seien jenseits der Realität formuliert. Geht sie wie das Ge-

meinschaftspapier des Katholischen Büros und des DGB (vgl. ds. Heft S. 106) es tut, sehr ins Konkrete, wird man ihr vorhalten, sie schlage Unrealisierbares vor oder sie unterstütze die Meinung oder die Interessen einer bestimmten Seite. Wird sie beispielsweise gegen das vorhin beschriebene individualistische Tabu anrennen, wird man ihr möglicherweise entgegenhalten, sie habe sich in ihrer eigenen Geschichte als freiheitsfeindlich erwiesen, sie verteidige nicht menschliche Würde und die Eigenständigkeit der Person, sie kämpfe nicht für den besseren Ausgleich sozialer Lasten – der Familienpolitik etwa –, sondern habe Angst vor dem unabhängigen Individuum und einer konsequent freiheitlich gestalteten Gesellschaft.

Dennoch müßten Christen und mit ihnen die Kirche für eine solche Auseinandersetzung gut gerüstet sein. Liegt nicht die eigentliche Sinnkrise der Gesellschaft und damit auch die Zielkrise politischer Entscheidungen gerade im Auseinanderfallen von Individuum und Gesellschaft, in der Unterbewertung der konkreten Sozialbindungen des Menschen, auf denen allein sich gesellschaftliche Solidarität in einem demokratisch verfaßten Staat aufbauen läßt? Das christliche Gebot der Gottes- und Nächstenliebe – so „schlicht“ dieser Hinweis hier bei manchem anmuten mag – setzt den Einzelnen frei von kollektivem Zwang, bringt seine Personwürde, in der Letztunmittelbarkeit des Menschen zu Gott, erst glaubhaft zum Ausdruck und verhindert zugleich dessen individualistische Isolierung, indem es die mit seiner Natur gegebenen Sozialbindungen im zwischenmenschlichen Zusammenleben und in der konkreten politischen Ordnung ernst nimmt. Eine ernsthafte Besinnung darauf ist vermutlich nicht nur eine geeignete Problemlösungshilfe in konkreten gesellschaftspolitischen Entscheidungen, sondern wäre auch von therapeutischer Wirkung in mancher persönlichen Sinnkrise und in manchen Konflikten im Zusammenleben der Primärgruppen. Den Staat oder gar einen Regierungsapparat als Sinnstifter braucht es dafür nicht, er ist für die Bewältigung nur ihm zukommenden Gestaltungsaufgaben freigestellt.

D. A. Seeber

Vorgänge

Brasilien: Kirchenkampf gegen öffentlichen Terror

In ihrem letzten großen *Hirtenschreiben* vom 15. November 1976 (vgl. HK, Dezember 1976, 637) drückten die Bischöfe Brasiliens die Hoffnung aus,

daß die Mächtigen „nicht den Rücken kehren dem Worte Gottes, der die Schreie seines Volkes hört“. Damit erinnerten sie zugleich an den Hirten-

brief der Bischöfe und Ordensoberen vom 6. Mai 1973, der die Unterentwicklung und Unterdrückung des Nordostens Brasiliens zum Thema hatte. Im Hirtenbrief vom November standen die gewaltsame Erschließung des Amazonasraumes und das herrschende politische System im Mittelpunkt, das eine Sozialordnung hervor-

bringe, „die sich durch Ungerechtigkeit auszeichnet und Gewalttätigkeit begünstigt“.

Widerstand gegen staatliche Indianerpolitik

Der Hirtenbrief bezog sich besonders auf drei Gewaltakte der letzten Monate: Die Ermordung des Salesianerpaters *Lukenbein* und des Jesuitenpaters *João Penido Burnier* sowie die Entführung Bischof *Adriano Hypolitos*.

Die Ermordung Pater Lukenbeins und des Häuptlings der Boróros, *Lourenço*, sowie zweier anderer Personen geschah am 15. Juli 1976 durch eine Gruppe von sechzig Männern, Fazendabesitzern, ihren Revolvermännern und Siedlern. Es ging dabei in Merure, Prälatur Diamantino, Bundesstaat Mato Grosso, um die *Grenzziehung des Indianergebietes*. Dieses Gebiet war vom staatlichen Indianerschutzdienst FUNAI den Indianern formal zugesprochen worden, die Entscheidung wurde aber von den Großgrundbesitzern und Siedlern nicht akzeptiert. Die Missionare mußten sich hier auch gegen die Siedler stellen, da die Kirche sich für das Recht der Indianer auf ein für ihre Kultur genügend großes Gebiet ausgesprochen hat. Der in diesem Zusammenhang von der Brasilianischen Bischofskonferenz eingerichtete *Indianermissionsrat* (CIMI – Conselho Indigenista Missionário) bestätigte ausdrücklich auf der ersten Sitzung 1975, daß die Missionare als Personen und als Kirche für eine realistische Verwurzelung der Indianer in der eigenen Kultur eintreten. Sie identifizierten sich mit dem Leben der Indianervölker, um mit ihnen zu leben und dabei ihre Kultur zu entdecken und anzunehmen. Ihre Sorgen machten sie zu den eigenen, mit allen Konsequenzen. Pater Lukenbein war das Opfer, aber auch gleichzeitig ein Zeuge für dieses Missionsprinzip (vgl. Boletim Informativo Regional NE I September 1976, 11).

Der Hirtenbrief von November 1976 verweist darauf, daß im gesamten *Amazonasraum* die Indianer von ihrem Land vertrieben werden. Es handelt

sich dabei um das Gebiet des sogenannten „Amazonia legal“, das die Staaten (Territorien) Pará, Amazonas, Acre, Amapá, Rondônia, Roraima, Goiás, Mato Grosso und Maranhão umfaßt (mit 4,9 Millionen qkm und etwa 7,2 Millionen Einwohnern). Die Bischöfe sind der Überzeugung, daß die „Indianergesetzgebung zum toten Buchstaben wird. Denn selbst wenn die Eingeborenen mit dem nackten Leben davonkommen, beutet man sie als billige Arbeitskräfte aus“ (vgl. Hirtenbrief, Abschnitt III). Der staatliche Indianerschutzdienst selbst vertrieb am 6. Dezember 1976 in der Prälatur Acre e Purus an der bolivianischen Grenze drei Pastoralhelfer, die bei den Indianern vom Stamm Kulina tätig waren und dabei die Machenschaften betrügerischer Landmakler, großer Landwirtschafts- und Viehzuchtbetriebe aufdeckten. Der Innenminister *Maurício Rangel Reis* machte den *Indianerschutzdienst* und die gesamte Indianergesetzgebung schließlich zu einer Farce, als er zum Jahresende 1976/77 in Brasilia erklärte, die große Mehrheit der auf nur noch 100 000 bis 200 000 geschätzten Eingeborenen können innerhalb von 10 Jahren in die brasilianische Gesellschaft eingegliedert werden. Falls die Kirchen sich nicht an die amtliche Politik der Integration hielten, plane die Regierung für das kommende Jahr die Entfernung aller Missionare aus den Indianergebieten.

Die wohl durch den Hirtenbrief und andere kirchliche Stellungnahmen ausgelöste Reaktion des Ministers war im Moment sicherlich als Einschüchterung der Kirche gedacht. Aufgrund der scharfen kirchlichen Reaktion und der Proteste von Wissenschaftlern und der eigenen Beamten korrigierte der Präsident der FUNAI, General *Isamrth de Oliveira Araujo*, Anfang Januar 1977 die Aussage dahingehend, daß die Eingeborenenkultur von seiten der FUNAI respektiert werden solle. Die für die Indianer existenzgefährdende *politische Tendenz* aber bleibt bestehen. Den aktiven Präsidenten des Indianermissionsrates CIMI, *Dom Tomas Balduino*, Bischof von Goiás, versuchten inzwischen Regierungsstellen in São Paulo durch Veröffentli-

chung einer Privatkorrespondenz als Kommunisten und Subversiven zu verleumden (vgl. Jornal de Brasil, 17. 12. 76). Der Erzbischof von São Paulo, Kardinal *Evaristo Arns*, unternahm daraufhin Schritte, um eventuell gegen den dafür verantwortlichen Justizminister von São Paulo ein gerichtliches Verfahren zu beantragen.

Persönliche Sicherheit praktisch eliminiert

Der Mord an P. *João Bosco Penido Burnier* in Ribeirão Bonito im Staat Mato Grosso am 11. Oktober 1976 auf der dortigen Polizeistation zeigt die rohe Gewalt, mit der Verhaftete u. U. behandelt werden. Die Brutalitäten, die *Dom Pedro Casaldáliga*, Bischof von São Felix, seit Jahren immer wieder anprangerte, erlebte er hier als Begleiter P. Burniers. Dieser versuchte für zwei gefolterte Frauen, deren Schreie man auf der Straße hören konnte, eine gerechte Behandlung durchzusetzen. Burnier wurde von den Militärpolizisten zusammengeschlagen. Ein Geschloß traf seinen Kopf. Er starb zwei Stunden später. Die Polizisten wurden daraufhin ihres Postens enthoben, vielleicht mehr, weil sie den „Kunstfehler“ begangen hatten, ihr Verbrechen vor den Augen eines Bischofs zu vollziehen und in P. Burnier den Sohn einer angesehenen brasilianischen Familie töteten, die Mitglieder in der Generalität und in der Hierarchie hat. Präsident *Ernesto Geisel* sprach sein Bedauern aus. Der Präsident möchte die Terrorakte zweifellos eindämmen. Die einmal institutionalisierte Gewalttätigkeit scheint aber ihre eigenen Gesetze zu haben. Insbesondere die armen Bevölkerungsschichten sind der Gewalt wehrlos ausgeliefert. Die individuelle Sicherheit wird durch die seit 1964 verbreitete „Ideologie von der nationalen Sicherheit“ praktisch eliminiert. „Die Gewaltregime erklären im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus und zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung den ‚Antisubversivkrieg‘ gegen alle, die nicht mit dieser autoritären Auffassung von Gesellschaft übereinstimmen“ (vgl. Hirtenbrief, Abschnitt III).

Angestachelt durch diese offizielle Doktrin, entführte am 22. September 1976 die geheime Terrororganisation „Brasilianische Antikommunistische Allianz“ (AAB – Aliança Anticomunista Brasileira) den Bischof von Nova Iguaçu Rio, *Dom Adriano Hypolito*. Sie beschimpften den Bischof als einen „kommunistischen Verbrecher“, entkleideten und schlugen ihn, um ihn dann mit roter Farbe beschmiert auf die Straße zu werfen. Seinen Wagen fuhren sie vor den Sitz der Nationalen Bischofskonferenz und sprengten ihn in die Luft. Bischof Adriano ist durch seine unbeirrbar Arbeit in der Bewußtseinsbildung der Bevölkerung und durch seinen Kampf gegen die klandestine „Todesschwadron“ den rechtsextremen Kräften unter Politikern und Militärs ein Dorn im Auge. Der Apostolische Nuntius in Brasilien, Erzbischof *Carmino Rocco*, war als erster kirchlicher Würdenträger bei Bischof Adriano, um ihm seine Hilfe anzubieten. Die Päpstliche Kommission für Frieden und Gerechtigkeit in São Paulo veröffentlichte in zwischen die Dokumentation des seinen Auftrages entbundenen Staatsanwaltes *Bicudo* über die Todesschwadron.

Die Anteilnahme der Bevölkerung am Schicksal ihres Bischofs zeigte der Hierarchie, die sich in ihrer Gesamtheit mit Dom Adriano solidarisch erklärte, jedoch, daß die Kirche die echten Anliegen des Volkes zu den eigenen gemacht hat. „In vergangenen Zeiten rieten wir in unseren Predigten dem Volk vor allem zur Geduld und Ergebenheit. Ohne daß wir dieses Thema aufgegeben hätten, richtet sich unser Wort heute an die Großen und Mächtigen, um sie auf ihre Verantwortung für die Leiden des Volkes aufmerksam zu machen“ (Hirtenwort, Abschnitt III).

„Ein Friede, der das Leben verteidigt“

Der Hirtenbrief vom 15. November 1976 war in Zusammenarbeit mit allen Gruppierungen der Kirche entstanden und wurde von der Repräsentativkommission der Brasilianischen Bi-

schöfskonferenz im Namen aller Bischöfe Brasiliens herausgegeben. Sicherlich war dem einen oder anderen Vertreter des Episkopates der direkte Stil, die offene Anklage, zu undiplomatisch. Das aus einem wörtlichen Verständnis der befreienden Botschaft Christi lebende Glaubenszeugnis in diesem Dokument wird aber von allen Bischöfen getragen. Es fand in ganz Brasilien Zustimmung. Viele Nationale Bischofskonferenzen haben in zwischen die Anregung der Brasilianischen Bischofskonferenz zu einem internationalen Menschenrechtskongreß aufgegriffen. Der Vatikan mit seinen Publikationsorganen widmet den Ereignissen in Brasilien eine erhöhte Aufmerksamkeit. Die Stimme der Kirche Brasiliens wird also mehr und mehr gehört.

Bei ihrer letzten Pressekonferenz zum Tag des Friedens (1. Januar 1977) bemühten sich die Sprecher der Brasilianischen Bischofskonferenz um äußerste Zurückhaltung und verwiesen die zahlreichen Journalisten auf ihren Text über den Frieden. In diesem Schreiben aber heißt es: „Wir wünschen keinen Friedhofsfrieden, sondern einen Frieden, der das Leben verteidigt in allen seinen physischen und moralischen Bereichen.“

Der Friede habe genaue Bedingungen und stelle klare Forderungen: „Als erstes ist es die Gewißheit, daß der Friede möglich ist. Diese große ermutigende Gewißheit will der Heilige Vater in seiner Botschaft der Welt vermitteln. Unser Vaterland besitzt be-

sonders gute Voraussetzungen, diese Gewißheit zu bestätigen und der Welt zu beweisen, daß es möglich ist, auf friedliche Weise die Forderungen einer vollen und integralen Entwicklung zu verwirklichen. Schließlich bewältigte Brasilien auf friedliche Weise Probleme, die andere Nationen heute noch zerfleischen, und überwand unblutig Krisen, die andere Länder in ein Blutbad stürzten.“ Die Bischöfe fügen hinzu, daß das brasilianische Volk immense friedliche Reserven an Geduld und Hoffnung habe, daß aber die Reserven nicht unerschöpflich seien. „Weiter wird von uns eine innere Umkehr gefordert, eine Entmilitarisierung des Geistes, die uns dazu führt, allen unseren Brüdern offenen Herzens die Hand zu reichen.“ Damit deuten die brasilianischen Bischöfe erneut ihre Bereitschaft an, über die strittigen Fragen und Konflikte mit der Regierung und ihren einzelnen Organen zu diskutieren, um den in den letzten Monaten besonders gefährdeten Dialog nicht abbrechen zu lassen.

Vom 8.-17. Februar 1977 findet die 15. Allgemeine Versammlung des brasilianischen Episkopates in São Paulo statt. Alle Bischöfe Brasiliens werden dann die anstehenden Fragen ausführlich diskutieren und sicher in Einzelfragen nicht immer einer Meinung sein. Die Berichte und Vorlagen zweier Kommissionen werden mit besonderer Spannung erwartet, da sie zu den zur Zeit wichtigsten Problemen Stellung nehmen: Bodenrecht und Indianerpolitik. O. G.

Rhodesiens Kirche zwischen den Fronten

Durch die Genfer Konferenz und die fast täglichen Berichte über den Guerrillakrieg ist Rhodesien/Simbabwe von neuem ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt. Der folgende Beitrag will nicht auf die Gesamtproblematik dieses Landes eingehen, sondern einige Hintergrundinformationen bieten, die zur Beurteilung der Verfassungsgespräche wie für die Lage der Kirche in Rhodesien wichtig sind.

Die Datumsfrage für die Unabhängigkeit

Joshua Nkomo, Robert Mugabe, Ndabaningi Sithole und viele andere afrikanische Delegierte an der Genfer Rhodesien-Konferenz, deren erste Session vom 25. Oktober bis 15. Dezember 1976 dauerte, haben schon einmal an einer Verfassungskonferenz unter britischem Vorsitz teilgenom-